

## Deutsches Zollparlament.

4. Sitzung vom 9. Juni.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr.

Am Tische der Bundeskommissionen: Präsident Delbrück, Ministerialdirektor v. Philipsborn, Geheimrath v. Liebe u. A. Im Betreff der vom Reichstage beanstandeten Wahl des Abg. Buff (Oberhessen) sind die Untersuchungsakten eingegangen. Das Parlament beschließt die Angelegenheit an die Geschäftsordnungs-Kommission zur Prüfung der Frage zu überweisen, ob der Reichstag oder das Zollparlament die Wahlprüfung zu erledigen habe.

Der Präsident theilt mit, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Sicherung der Zollvereinsgrenzen in den vom Zollgebiete ausgeschlossenen hamburgischen Gebietstheilen, der Entwurf eines Vereins-Zollgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Vereins-Zolltarifs eingegangen sei.

Der Beschluß über die geschäftliche Behandlung dieser Vorlagen wird in der nächsten Sitzung gefaßt werden.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über den Handels- und Zollvertrag mit der Schweiz.

Der Antrag der Referenten Abg. Kirsner und Schleiden lautet auf Genehmigung des Vertrages. Nach ausführlichen Vorträgen der beiden Referenten macht Abg. Frhr. v. Stauffenberg darauf aufmerksam, daß dem Vertrage Bestimmungen für den Eintritt von Kriegseventualitäten fehlen, wie solche in dem Handels-Vertrage mit Oesterreich enthalten seien.

Präs. Delbrück erwidert, daß der Zweck eines solchen Vertrages der sei, die Handelsverbindungen der beiden Staaten zu erweitern, zu verbessern, zu befördern. Es sei deshalb in der Mehrzahl der Verträge vorgezogen worden, diese Kriegseventualitäten gänzlich unerwähnt zu lassen. Die Erwähnung derselben im Vertrage mit Oesterreich habe einen historischen Grund. Die Handelsverträge seien keine politischen Verträge und sie seien nicht dazu da, diejenigen Rechte festzustellen, welche im Falle kriegerischer Ereignisse einzutreten haben.

Zu Art. 9 des Vertrages rügt der Abg. Müller (Stettin), daß der Vertrag keine Bestimmungen über die Zulassung der Aktiengesellschaften in den gegenseitigen Gebietstheilen enthalte. Auch auf diesem Gebiete müsse die Konkurrenz gefördert werden.

Präs. Delbrück erklärt, daß der Vertrag eine solche Bestimmung enthalten würde, wenn derselbe nicht das formelle Bedenken entgegen gestanden hätte, daß man durch dieselbe über den Kreis eines gewöhnlichen Handelsvertrages hinausgehe, wo die Kompetenz des Zollvereins zweifelhaft sei. Der norddeutsche Bund habe die Frage bereits ins Auge gefaßt.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg tadelt die späte Einbringung der Vorlagen für das Zollparlament. Dasselbe sei berufen, die materielle Grundlage zu dem hoffentlich bald zu erbauenden deutschen Bundesstaat zu errichten (Beifall). Aber dazu sei es notwendig, daß man das Parlament in den Augen der Nation hebe, und ihm nicht in der letzten Stunde erst die so wichtigen Vorlagen mache. Es sei dies ein schwerer politischer Fehler, der sich schwer rächen werde. Er und seine Freunde behalten sich vor, einen Antrag einzubringen, daß für die künftige Session des Zollparlaments die Vorlagen für dasselbe 14 Tage vor dem Beginn des Parlaments veröffentlicht und den Mitgliedern übersendet werden (Beifall).

Präsident Delbrück: Er müsse bestreiten, daß die Vorlagen, welche dem Zollparlament gemacht seien, in letzter Stunde gemacht worden; er müsse vielmehr behaupten, daß dies in erster Stunde geschehen sei. Es gäbe nach der Geschäftsordnung des Zollparlaments gar keinen anderen zulässigen Weg, die Vorlagen an das Haus zu bringen, als nach der Konstituierung desselben. Der Zollbundesrath habe sich nicht einmal streng an diese Bestimmungen gehalten, einige Vorlagen vielmehr schon vor der Konstituierung gemacht. Ob dies Verfahren einer Verbesserung fähig sei, werde sich herausstellen bei der Diskussion des in Aussicht gestellten Antrages. Er müsse aber ganz entschieden ablehnen, daß in dieser Beziehung die verbündeten Regierungen irgend ein Vorwurf treffe. Es würde übrigens die Deliktasse gegen das Zollparlament verlegt worden sein, wenn man solche Vorlagen, bevor sie an die eigentliche Adresse gelangt seien, der ganzen Welt mitgetheilt hätte.

Der Vertrag mit der Schweiz wird hierauf einstimmig genehmigt.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über den Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsvertrag mit Japan.

Die Referenten Abg. Rosß und Camphausen (Neuß) beantragen die Genehmigung des Vertrages.

Das Haus tritt diesem Antrage ohne Debatte einstimmig bei. Der Vertrag wird genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung und schließt die Sitzung um 1¼ Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Sicherung der Zollgrenzen n. und Vorberatung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Vereins-Zolltarifs.

## Deutschland.

□ Berlin, 9. Juni. Unsere Andeutungen, daß der König die Absicht habe, wenigstens Hannover und Bremen zu besuchen, haben ihre Bestätigung gefunden. Nach der „Provincial Korrespondenz“ ist die Abreise des Königs von Hannover jetzt auf Sonntag, den 13. festgesetzt. Der König soll bestimmt ausgesprochen haben, daß er es für seine Pflicht halte, die Wünsche und Erwartungen mehrerer Städte, die schon Vorbereitungen zu seinem Empfange getroffen haben, nicht ohne triftige Gründe zu täuschen. Solche Gründe sind aber nicht mehr vorhanden, da sich der König, wie auch Alle die ihn gesehen, erfreulicherweise brotachtet haben, sich seiner vollen Gesundheit und Kraft wieder erfreut. — Der hier zum Besuch anwesende Vizekönig von Egypten hat durch sein Wesen hier allgemein einen günstigen Eindruck gemacht. Hierbei mag zugleich bemerkt werden, daß über die Suez-Kanal-Angelegenheit eigentliche Verhandlungen hier nicht stattfinden werden, obgleich dieselbe möglicherweise gelegentlich zur Sprache kommen wird. — Die „Provincial Korrespondenz“ bestätigt in ihrer heutigen Nummer unsere früheren Nachrichten über die Absicht der Regierung, an den Ausgaben für die Staatsverwaltung umfassende Ersparnisse eintreten zu lassen, und überhaupt über die Haltung derselben in der Steuerfrage. Auch nach dem halbamtlichen Blatt hält die Regierung den Standpunkt fest, den sie als den ihrigen im Reichstag dargelegt hat. Hierdurch ist zugleich auch wiederholt die Annahme mehrerer liberaler Blätter widerlegt, daß die bekannte Rede des Abg. Wagner im Reichstag in irgend welcher Weise die Absichten der Regierung dargelegt oder angedeutet haben könnte. — Der „Provincial Korrespondenz“ bringt heute eine sehr ausführliche Auszug aus der neuen Gewerbeordnung und antizipiert sonach gewissermaßen die amtliche Publikation derselben. Das Blatt weist dabei auf die tiefgreifende Wichtigkeit des Gesetzes für das gesamte Berufsleben hin. Die amtliche Publikation des Gesetzes wird erst dann erfolgen, wenn sich übersehen läßt, wie weit noch Vorbereitungsarbeiten behufs der Ausführung desselben erforderlich sind. Das halbamtliche Blatt unterläßt übrigens nicht, wiederholt auf die grundsätzlichen Bedenken hinzuweisen, welche von konservativem Standpunkte aus gegen einzelne vom Reichstag getroffene Bestimmungen erhoben, später aber, um den Wünschen des Reichstags nachzukommen, aufgegeben worden sind. — Auf den Wunsch des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, hat das auswärtige Ministerium ein Circularschreiben an die Konsula des nordd. Bundes erlassen, in welchem diese aufgefordert werden, im Interesse des hiesigen landwirtschaftlichen Museums Einsegnungen von den Produkten und Gegenständen ihrer Stationsländer, welche für die landwirtschaftliche Wissenschaft von Werth sein könne, zu veranlassen. Es ist dem Schreiben ein Verzeichniß derjenigen Gegenstände hinzugefügt, deren Zusendung für den angegebenen Zweck wünschenswert ist. Diese Aufforderung scheint dem Museum schätzenswerthe Sammlungen zuzuführen. Unter Andern hat die Präsidentschaft in Bombay die Mittheilung hierher gelangen lassen, daß dort eine Zusammenstellung der gewünschten Gegenstände veranstaltet worden ist, welche demnächst hierher gesendet werden soll. Der Werth derselben wird auf mindestens 1000 Thlr. angegeben. Außer diesen amtlich veranlasseten Sammlungen erfreut sich das landwirtschaftliche Museum auch vieler anderer, woran sich auch werthvolle Erwerbungen anschließen, so daß das Museum immer mehr seinem Zwecke entsprechend sich gestaltet und unter den ähnlichen Instituten Europas wohl bald den ersten Rang einnehmen wird, wenn dies nicht schon jetzt der Fall ist. Es ist hier mit verhältnismäßig sehr geringen Mitteln sehr Bedeutendes geleistet worden. — Gestern besichtigte der Kronprinz wiederholt mit eingehendem Interesse das landwirtschaftliche Museum, um namentlich von den in den letzten Monaten hinzugekommenen Sammlungen und Ausstellungsgegenständen Kenntniß zu nehmen. Zum Empfang und zur Führung waren außer dem Museumspersonal der Minister v. Seelow, der Geh. Ober-Reg.-Rath Schumann und der Geh. Reg.-Rath v. Salviati anwesend. — Nachrichten aus Paris zufolge, ist das Wetter den Saaten, sowie dem Wein und den Obstbäumen außerordentlich günstig gewesen.

□ Berlin, 10. Juni. Se. Majestät der König fuhr gestern Morgens 8¾ Uhr in Begleitung des Flügel-Adjutanten Major v. Alten nach dem Tempelhofer Felde und wohnte dort im Beisein des Kronprinzen, der Prinzen Albrecht, Vater und Sohn, des Prinzen August von Württemberg, des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, des Prinzen Ludwig von Hessen, der Generalität, der fremden Offiziere, den Exerziten des

2. Garde-Dräger- und des 2. Garde-Mann-Regiments bei. Um 11 Uhr kehrte der König ins Palais zurück, empfing einige Militärs, nahm darauf die Vorträge des Civil-Kabinetts und des Geh. Hofraths Borchers entgegen und arbeitete dann mit dem Ministerpräsidenten Graf Bismarck. Gegen 4 Uhr begaben sich der König, die Mitglieder der königlichen Familie, der Vize-König nebst Sohn und Gefolge per Extrazug nach Potsdam, verließen auf der Station Neuendorff die Bahn und fuhren über Babelsberg nach dem Marmorpalais, durch den Garten von Sanssouci nach dem neuen Palais, woselbst um 5 Uhr ein Diner von etwa 70 Gedecken stattfand. Nach Aufhebung der Tafel wurde das Ballet „Der Geburtstag“ und das Lustspiel: „Die Ballschuße“ in französischer Sprache auf der Bühne des Palais aufgeführt und nach dem Souper führte ein Separatzug die geladenen Gäste von der Wildparkstation nach Berlin zurück. Der König übernachtete auf Babelsberg, wird heute Vormittags in Potsdam das Lehr-Infanterie-Bataillon besichtigen und Mittags nach Berlin kommen. Um 5 Uhr ist im königl. Palais ein größeres Diner und Abends erscheint der königl. Hof mit seinen Gästen zur Balletvorstellung im Opernhaus. Da der Vize-König von Egypten schon auf Freitag Vormittags 10 Uhr seine Abreise nach Paris anberaumt hat, so fällt die für diesen Tag bestimmte Festlichkeit aus.

— Die Königin-Wittve verweilt in Folge Unwohlseins noch immer im Schloß Posenhofen und ist deshalb der Tag der Ankunft in Sanssouci noch unbestimmt.

— Der Vizekönig von Egypten empfing am Dienstag Nachmittags den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und machte demselben vor der Balletvorstellung in seinem Hotel einen Besuch.

□ Danzig, 6. Juni. Die „Danz. Ztg.“ meldet: Am 2. d. Mts. versetzten sich einander zwei Selbstmord-Nachrichten unsere Stadt in allgemeine Aufregung. Zuerst war der hiesige Husarenlieutenant v. H. nach beendetem Exerzium in ein einfaches Waldbrevier bei Oliva geritten und hatte hier durch einen Pistolenschuß seinem Leben ein Ende gemacht. Kaum hatte sich diese Nachricht verbreitet, als man weiter erfuhr, daß auch ein Infanterie-Offizier, Lieutenant v. B., sich durch einen Pistolenschuß schwer verwundet habe. Er wurde demnächst in das Garnison-Lazareth befördert und soll außer Lebensgefahr sein. Ueber die Motive der unglücklichen Thaten wird nichts Sicheres berichtet. — Gestern und heute haben sich (so meldet die „Königsberger Ztg.“) zwei Unteroffiziere erschossen. „Auch in diesen beiden Fällen —“ fügt das Blatt hinzu — „scheinen innere Motive vorzuliegen. In drei Wochen sind nun schon sechs Selbstmordfälle bei der hiesigen Garnison vorgekommen.“

□ Kiel, 5. Juni. Nach einer Bekanntmachung am schwarzen Brett der Kieler Universität sind die Testimonia publica abgeschafft und werden durch Abgangzeugnisse, wie sie auf den ausländischen Universitäten üblich sind, ersetzt werden.

□ Hannover, 8. Juni. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin beschäftigt gegenwärtig als Inspektor der vom 9. und 10. Armeekorps gebildeten 5. Armeekorps-Abtheilung die Garnisonen in der Provinz Hannover. Von Lüneburg und Celle kommend, trifft der Großherzog heute Abend in Hannover ein und hält Mittwoch früh auf der Bahnhofsallee eine Besichtigung der vier hier in Garnison liegenden Eskadrons des 1. hannoverschen Ulanen-Regiments Nr. 13 und je eines Bataillons des 16. und des 57. Infanterie-Regiments ab. Nachmittags wird der Großherzog sich zunächst nach Goslar, dann nach Braunschweig begeben und am 12. d. nach Hannover zurückkehren.

□ Dresden, 9. Juni. Nach dem jetzt vollständig bekannten Resultate der Landtagswahlen befinden sich die Liberalen in der Majorität. Von den früheren Ständemitgliedern sind nur wenige wiedergewählt, darunter Haberkorn, Dehnbach, Günther, Sacke, Riebel, Fahnauer, Jordan und Schreck; neu gewählt sind u. A.: Biedermann, Rentsch, Wigard und Leisner. Schaffrath und Siegel sind durchgefallen, Fahnauer und Jungnickel doppelt gewählt.

□ Leipzig, 9. Juni. Nach dem nun vorliegenden gesammten Wahleresultat haben die vereinigten Liberalen in der neuen Kammer eine absolute Majorität von 42 Stimmen, darunter etwa 35 Nationalliberale.

□ Leipzig, 8. Juni. Die „Leipz. Nachr.“ berichtet von einem Exzeß, den sechs Soldaten vom hiesigen Schützenregiment (darunter ein Unteroffizier) in einem Wirthshause zu Pausdorf verübt haben. Es wurden dabei von ihnen ausgeübte Soldaten, die in demselben Lokal sich aufhielten, verwundet (der eine erheblich), die Tochter des Wirths bedroht und die Wohnung des Wirths, aus der die geängstete Familie flüchtete, zum Theil demolirt.

— Am 7. M., Vormittags nach 8 Uhr, hat in Chemnitz, kurz vor Einmündung der Rieser und Annaberger Bahnlinie in den Bahnhof, ein Zusammenstoß des nach Riesa abgehenden Personenzuges mit dem von

Dresden kommenden stattgefunden, wodurch nicht nur die Lokomotiven und einzelne Wagen arg zugerichtet worden sind, sondern auch in beklagenswerther Weise ein Bremser bedeutende, wenn auch nicht lebensgefährliche Verwundungen davon getragen hat. Ein Postbeamter kam glücklicher Weise mit einem ungeschädlichen Stöße in die Seite davon, während 5 Passagiere blutige Kontusionen erhielten. Daß der eine Lokomotivführer seinen Zug noch rechtzeitig zum Stehen brachte, hat größeres Unglück verhütet.

□ Chemnitz, 7. Juni. Gestern Morgen hat man hier und in der näheren Umgegend einen Erdstoß wahrgenommen, der bei gänzlich klarem Himmel erfolgte und von donnerähnlichem Geräusch begleitet war. (So meldet aus Chemnitz das „Chemn. Tagbl.“, dem zugleich aus dem einige Meilen von dort entfernten Städtchen Wittweida folgende Mittheilung zugeht: Gestern Morgen zwischen 6 und halb 7 Uhr vernahm man in der Luft ein donnerähnliches Getöse, ohne daß Gewitterwolken wahrzunehmen gewesen wären. Später behaupten, gleichzeitig ein Erbeben des Erdbodens wahrgenommen zu haben, der Art, daß ihnen die Beine zitterten; auch sollen in verschiedenen Häusern Tassen und Teller geklirrt haben. Ein zuverlässiger Beobachter versichert, es sei die Erscheinung mit dem Zischen einer aufsteigenden Rakete zu vergleichen gewesen, der dann ein Knall wieder eines Kanonenschusses gefolgt sei, worauf eine Erdschütterung wahrzunehmen gewesen sei. Die Richtung soll die von Westen nach Osten gewesen sein.)

## Aus dem Großherzogthum Baden.

3. Juni. Die dormalige Haltung der badiſchen Parteien möchte sich so charakterisiren lassen: Die ultramontane Partei, in ihrer Hoffnung auf das Gelingen der Ueberrumpelung getäuscht, in ihrer Zuversicht auf den endlichen Erfolg der Belagerung nicht gebrochen, sammelt im Stillen ihre Kräfte; die wieder vereinigten, nicht gereinigten, Liberalen haben den Freudenrausch zu überleben, in den sie der rasche Sieg versetzt; die Demokratie drückt mit größerer Zärtlichkeit denn zuvor der ultramontanen Partei die Hand; die national-konservative Partei steht seitwärts und „sieht das tolle Spiel mit an.“ Den interessantesten Anblick gewährt ohne Zweifel der Zustand der liberalen Regierungspartei. Wir unterschätzen gewiß am allerwenigsten die Bedeutung des Sieges, den die Regierung in Folge der Wiederausöhnung mit den Offenburger Dissidenten gewonnen; ja wir freuen uns desselben in sofern, als er die Fortdauer der deutschen Politik Badens zu verbürgen scheint. Aber, ganz abgesehen von der vor-handenen Reifheit der Sache — erscheint es denn wohlgethan, daß die Regierungspartei die Niederlage eines Feindes bejubelt, dessen Armee mindestens ein Dritteltheil des ganzen badiſchen Volkes begreift? Und muß es nicht vollends eigenthümliche Empfindungen erregen, wenn man sogar das amtliche Presseorgan in übertriebener Weise den Triumph feiern sieht? So tritt die „Karlsruherin“ heute festlich vor uns hin, in Sammet und Seide gekleidet, einen zierlichen Köcher mit Pfeilen des Spottes in der einen, den Weibhrauchseffel in der andern Hand, deklamirt sie zuerst das Lied „auf die Freude“ in badiſcher Paraphrase; dann steigt sie hernieder und schreitet zwischen den Hörern hin, bald Weibhrauch, bald Pfeile spendend, bis sie allmählig endlich in eine Stimmung kommt, in der sich mit ihr reden läßt. Wir halten sie hier erst auf ihrem Gedankengange fest und notiren uns einige ihrer Worte, um daran eine einzige Frage zu knüpfen. Da sagt die „Karlsruherin“ u. A. Folgendes:

„Es ist nicht wahr, daß Regierung und Stände jemals die hohe Bedeutung und Würde der Religion oder der Kirche verkannt oder zu beeinträchtigen versucht hätten; sie haben nur die Pflicht erfüllt, einen Rechtszustand zu schaffen und zu erhalten, welcher die freie Entwicklung und Uebung der Kräfte Aller gegenüber den exklusiven Tendenzen einer einzelnen Partei ermöglicht.“ ... „Wir sind heute sicherer als je; unser Volk wird mit freudigem Vertrauen seinem erhabenen Fürsten folgen auf dem Wege zu einem freien Staatsleben im Innern, ruhend auf der sichern Grundlage geistiger Bildung und sittlich-religiöser Ernſtes, und zu muthiger entschlossener Theilnahme an der nationalen Wiedergeburt Deutschlands.“

Diesen schönen Worten gegenüber möchten wir die amtliche Zeitung doch fragen: ob eben diese Worte mit vollem Bewußtsein gesprochen sind. Und für alle Fälle erinnern wir heute, Weiteres uns vorbehaltend, daran, daß die tiefe Verstimmung, welche sich eines großen Theils des badiſchen Volkes, welche sich auch der treuesten badiſchen Unterthanen und ihrer besten auswärtigen Freunde bemächtigt hat, einen Grund hat in der festen Ueberzeugung, daß das gerade Gegentheil von dem, was hier von dem amtlichen Blatte behauptet wird, in Baden obwalte — nämlich Verkenntung der Bedeutung und Würde der Religion und der Kirche und Mangel an sittlich-religiösem Ernſte.

□ München, 7. Juni. Fürst Hohenlohe's Worte



**Stettin**, 10. Juni. (Butterbericht.) In den  
 letzten 8 Tagen zeigte sich im Butterhandel eine geringe  
 Preisbeschränkung, verbunden mit lebhafter Frage nach  
 Grasware. Die Witterung bleibt äußerst gedehlich  
 für die Weiden, so daß an eine größere Konjunktur  
 vorläufig nicht zu denken ist. Notirungen: Pächter-  
 butter 10—11 Sgr., prima Elbinger Grasbutter  
 8<sup>3</sup>/<sub>4</sub>—9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr., pommerse, lithauer und Elbinger  
 Stallbutter 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Sgr., schlesische und böhmische  
 7—7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. per 100 Pfund.